

Beschlussbuch
Kreisdelegierten-
versammlung

13. Oktober

20

17



SPD Marzahn-Hellersdorf

Antragsnummer	01-2017/2
Antragssteller	10/06 – Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	Antrag zur Reduzierung der befristeten Verträge im Öffentlichen Dienst
KDV-Beschluss	Annahme

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 4 Die Zahl der befristeten Verträge im Öffentlichen Dienst muss kleiner werden. Der Anteil der
- 5 Befristungen in einzelnen Behörden soll 10 Prozent nicht übersteigen. Das soll durch Streichung
- 6 der generellen sachgrundlosen Befristung und Sachgrunds „Zweckbindung von Haushaltsmit-
- 7 telbefristung“ erreicht werden.

- 8 *Begründung:*
- 9 Anders als in der Privatwirtschaft kann der Öffentliche Dienst Angestellte mit immer neuen befriste-
- 10 ten Arbeitsverträgen verlängern, wenn sie aus extra dafür vorgesehenen Haushaltsgeldern vergütet
- 11 werden. Neben der Streichung der generellen sachgrundlosen Befristung fordert die SPD deshalb
- 12 auch die Streichung des Sachgrunds „Zweckbindung von Haushaltsmittelbefristung“. Befristungen bei
- 13 Arbeitsverträgen sollen nur noch möglich sein, wenn ein sachlicher Grund vorliegt, z.B. bei Übernah-
- 14 me von Auszubildenden, ohne dass auf Dauer hierfür gesicherte Haushaltsmittel vorhanden sind.

Antragsnummer	02-2017/2
Antragssteller	10/06 – Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Thema	Antrag auf Klarstellung des Berliner Neutralitätsgesetzes
KDV-Beschluss	Annahme

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die SPD-Abgeordneten des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert, eine Klarstel-
4 lung/Änderung des Berliner Neutralitätsgesetzes vom 27.01.2005 zu initiieren mit dem Ziel,
5 dieses ohne Einschränkungen seiner Zielsetzung mit der bisherigen Rechtsprechung des Bun-
6 desverfassungsgerichtes und anderer untergeordneter Gerichte in Einklang zu bringen.

7 *Begründung:*

8 Die z.T. unterschiedlichen Interpretationen des Berliner Neutralitätsgesetzes durch Gesetzgeber,
9 Behörden, Schulen und Gerichte in konkreten Fragen seiner Umsetzung deuten darauf hin, dass es
10 hinsichtlich der Details erhebliche Unklarheiten unter den Betroffenen aber auch in der Bevölkerung
11 gibt. Im Widerspruch zur Absicht des Gesetzgebers (Berliner Senat), nämlich die Neutralitätsver-
12 pflichtung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Berlins durchzusetzen, dabei aber die vom
13 Grundgesetz geschützte Glaubens- und Gewissensfreiheit im privaten Bereich zu gewährleisten, wird
14 bei der praktischen Anwendung eher der Eindruck einer Rechtsunsicherheit erzeugt. Insbesondere
15 gilt dieses für § 3 dieses Gesetzes, in dem Ausnahmen dann zugestanden werden, wenn „...der Schul-
16 frieden nicht gefährdet oder gestört wird“, eine Einschätzung, die sich im konkreten Fall nur unbe-
17 friedigend objektivieren lassen wird. Gerade in der aktuellen Situation sollte mit einer Klarstellung
18 auch im Gesetzestext gewährleistet werden, dass Religionskonflikten auch in öffentlichen Bereichen
19 wirksam vorgebeugt werden kann. Das demonstrative Zeigen von Schmuck- oder Kleidungsstücken
20 als Ausdruck einer bestimmten Religionszugehörigkeit widerspricht der weltanschaulich-religiösen
21 Neutralität der öffentlichen Schule und hat deshalb hinter dieser Neutralität zurückzutreten.

Antragsnummer	03-2017/2
Antragssteller	10/04 - Alt-Marzahn
Thema	Parkplatzpflicht bei Neubauten von 50 Prozent
KDV-Beschluss	Annahme in geänderter Fassung

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Die SPD-Fraktionsmitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich im Abgeordnetenhaus für eine Änderung der Bauordnung einzusetzen, wonach bei allen Neubauvorhaben ausreichend Stellplätze der Wohnungen ein Parkplatz vorzuhalten ist.
- 6 Begründung:
- 7 Fünfzig Prozent der Haushalte in Berlin haben ein Fahrzeug. Sollte diese Zahl in der Zukunft sinken,
- 8 werden die Parkplätze nicht überflüssig. Schon heute steigt der Bedarf an Parkplätzen für Carsharing-
- 9 Fahrzeuge, Mietwagen, Lieferdienste, Krankentransporte, E-Fahrzeuge und zukünftig möglicherweise
- 10 auch autonom fahrende „Taxis“. All die genannten Fahrzeuge sind auf wohnortnahe Parkplätze an-
- 11 gewiesen. Die Berliner Politik muss erkennen, dass eine alternde Gesellschaft und eine Gesellschaft
- 12 mit einer steigenden Zahl mobilitätsbehinderter Personen auf Individualtransporte angewiesen ist.
- 13 Die Platzzahl für Rollstühle in Fahrzeugen des ÖPNV ist begrenzt und muss auch Kinderwagen auf-
- 14 nehmen. Rollstuhlfahrer lassen sich wiederum auch nur sehr schlecht auf das Fahrradfahren als Al-
- 15 ternative verweisen.

Antragsnummer	04-2017/2
Antragssteller	10/04 – Alt-Marzahn
Thema	Der Kandidat, bzw. der Antragsteller hat das letzte Wort
KDV-Beschluss	Annahme

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

- 2 Bei allen Aussprachen erhalten Antragsteller oder Kandidaten jeweils das letzte Wort. Sollte es
- 3 bei Wahlen mehrere Kandidaten geben, sind diese gehalten bei ihrem letzten Wort auf neue
- 4 Angriffe auf den Gegner zu verzichten. Andernfalls erhält ihr Gegner vom Präsidium die Mög-
- 5 lichkeit zur Erwiderung. Ein Verzicht auf das letzte Wort ist möglich.

- 6 Begründung:
- 7 Das Prinzip der Fairness gebietet es dem Antragsteller oder dem Kandidaten die Möglichkeit zur Stel-
- 8 lungnahme zu geben. Sofern vorher auch Fragen gestellt wurden, hat auch nur so der Befragte eine
- 9 Möglichkeit zur Antwort.

Antragsnummer	05-2017/2
Antragssteller	10/04 – Alt-Marzahn
Thema	Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung
KDV-Beschluss	Annahme in geänderter Fassung

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die SPD-Fraktionsmitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich im Ab-
4 geordnetenhaus dafür einzusetzen, dass die Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversiche-
5 rung einbezogen werden. Selbständigen soll es aus Gründen der Berufsfreiheit und zur Ver-
6meidung einer Versorgungslücke ermöglicht werden soll, in ihre eigenen Versorgungswerke
7 einzuzahlen, wenn diese der gesetzlichen Rentenversicherung gleichgestellt sind.

8 *Begründung:*

9 Das Abgeordnetenhaus braucht keine Abstimmung mit dem Bund oder anderen Ländern, da es in der
10 Frage der Bezahlung der Abgeordneten vollkommen selbständig ist. Die SPD hat mehrfach beschlos-
11 sen den Weg zu einer Bürgerversicherung zu gehen, so dass die eigene Glaubwürdigkeit keine abwei-
12 chende Sonderregelung für Abgeordnete als „Bürger im Parlament“ zulässt. Die Berliner Abgeordne-
13 ten können hier auch ein bundespolitisch bedeutsames Zeichen setzen und Wegbereiter für die Bür-
14 gerversicherung werden. Es gibt auch keine praktischen Abstimmungsschwierigkeiten mit den ande-
15 ren Fraktionen, da die Grünen ebenfalls mehrere Parteitagsbeschlüsse zur Bürgerversicherung ha-
16 ben, den letzten Bundesparteitagsbeschluss vom November 2016. Die Linkspartei wiederum hat im-
17 mer die gesetzliche Rentenversicherung als Kernstück in jedem Wahlkampf vertreten. Da alle drei
18 Parteien der Koalition die Bürgerversicherung in ihren Parteiprogrammen fordern und keine gesetzli-
19 chen Hürden bestehen, kann man die Einbeziehung der Berliner Abgeordneten in die gesetzliche
20 Rentenversicherung schnell und unkompliziert beschließen.

Antragsnummer	Ini1-2017/2
Antragssteller	Kreisvorstand
Thema	Bekanntnis zur SPD als überregionale Volkspartei
KDV-Beschluss	Annahme

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 3 1. Die Berliner SPD nimmt zur Kenntnis, dass vor dem Hintergrund des Ergebnisses zur
4 Bundestagswahl mit 20,8%, die Ergebnisse insbesondere in Ostdeutschland und in den
5 Ostbezirken Berlins mit 14,3% relativen Stimmanteil wesentlich zum negativen Ge-
6 samtergebnis beigetragen haben.
- 7 2. Die Berliner SPD bekennt sich vor diesem Hintergrund dieser Ergebnisse zu verstärkten
8 Anstrengungen, um den Menschen in den Ostbezirken Berlins attraktive inhaltliche und
9 personelle Angebote zu unterbreiten.
- 10 3. Die Berliner SPD legt bei der Analyse der Wahlergebnisse und der Formulierung von
11 Schlussfolgerungen einen besonderen Schwerpunkt auf die Erwartungen der Menschen
12 in den Ostbezirken Berlins, um diese für die SPD zu gewinnen oder zurück zu gewinnen.
- 13 4. Der Landesparteitag empfiehlt der Landesvertreter*innen-Versammlung bei der Auf-
14 stellung zur Landesliste für die Wahlen zum 20. Bundestag im Rahmen der innerpartei-
15 lichen Solidarität die verhältnismäßig mitgliederschwachen Ostberliner Kreise mit ei-
16 nem gemeinsamen festen Platz adäquat bis Listenplatz 6 im Einklang der Wahlordnung
17 und weiteren Beschlüssen der innerparteilichen Gremien zu berücksichtigen.

18 **Begründung:**

19 Wie schon zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 trägt auch im Jahr 2017 das schwa-
20 che Ergebnis in den Ostbezirken zum negativen Wahlausgang bei. Insbesondere in den Großraum-
21 siedlungen gibt es eine deutliche Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler zur Wahl von AfD und die
22 Partei „Die Linke“. Es ist der Anspruch der Sozialdemokratie das Vertrauen dieser Wählerinnen und
23 Wähler zurück zu gewinnen.

24 Neben gezielten politischen Angeboten etwa in den Bereichen Mieten-, Bildungs-, und Arbeitsmarkt-
25 politik gehört dazu auch die institutionelle Förderung Ostberliner Kreise. Fest steht, dass in Marzahn-
26 Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg im Schnitt nur 15 % der Wählerinnen und Wähler mit
27 der Erst- und Zweitstimme das Vertrauen in die SPD, trotz hervorragender Arbeit der jeweiligen Di-
28 rektkandidaten, hatten.

29 Es ist nachteilig gegenüber der strategischen Konzentration der AfD auf vermeidlich soziale Brenn-
30 punkte und der starken Linkspartei, keine dauerhafte bundespolitische Kompetenz als Sozialdemo-
31 kratie als Angebot vor Ort zu haben. Die eigenen Mitglieder können eine stetige Wahlkreisarbeit
32 nicht wettmachen, so dass die Präsenz durch einen aus einem Ostbezirk stammenden Abgeordneten
33 zwingend notwendig ist.

34 Die SPD im Ostteil Berlins und auch in den ostdeutschen Bundesländern kann sich noch nicht auf die
35 feste Verwurzelung in der Gesellschaft verlassen. Dieses spiegelt sich ebenfalls auf die Mitglieder-
36 strukturen wider und hat somit direkte Auswirkungen auf die Delegierten-/Vertreter*innen-
37 Berechnung. Es ist daher schlicht nicht möglich eigene Kandidatinnen und Kandidaten im Rahmen
38 der Gesamtberliner Listenplatzaufstellungen der SPD erfolgreich wählen zu lassen. Im Selbstver-
39 ständnis der innerparteilichen Solidarität soll künftig sichergestellt werden, dass die Bezirke im Ost-
40 teil Berlins im Deutschen Bundestag vertreten sind.

Antragsnummer	Ini2-2017/2
Antragssteller	Kreisvorstand
Thema	Wir sind die Berlin-Partei. Wir treten in allen Wahlkreisen an!
KDV-Beschluss	Annahme in geänderter Fassung

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die „Fünf Thesen zur politischen Arbeit im Lichte der Bundestageswahlen 2017“ werden hin-
4 sichtlich des Vorschlages abgelehnt, dass Linke und SPD bei der Konkurrenz um Direktmandate
5 nicht mehr konkurrieren sollen und/oder nur ein Kandidat von Linke oder SPD und/oder ein
6 gemeinsamer Kandidat von SPD oder Linke antritt, wie auch hinsichtlich des Vorschlages ge-
7 meine organisationspolitische Option zu prüfen, soweit damit eine Aufgabe der Organisation
8 der SPD verbunden ist.

9 Die Vorschläge des stellvertretenden Landesvorsitzenden stellen faktisch eine Aufgabe des
10 Anspruches der SPD als „Berlin-Partei“ und Gesamtberliner Partei dar. Die Wahlergebnisse der
11 SPD sind nicht Ausfluss von mehreren Kandidaten u.a. von SPD und Linken in einem Wahlkreis,
12 sondern von der Politik, die wir seit Jahrzehnten in Berlin und teilweise an den Berlinern vorbei
13 machen. Hier wäre ein kritische Aufarbeitung nötig, verbunden mit einer personellen Neuaus-
14 richtung auf Landesebene mit Personen, die den Anspruch haben, dass die Berliner SPD bei den
15 Abgeordnetenhauswahlen 2021 mit Abstand stärkste Kraft wird und in vielen Wahlkreises in
16 Ost und West, in Nord und Süd Direktmandate gewinnt. Das dies gelingen kann, zeigen u.a. die
17 Wahlergebnisse zu den Abgeordnetenhauswahlen von 2006 mit 27,5% und 2011 mit 28,4% in
18 Berlin.

Antragsnummer	Ini3-2017/2
Antragssteller	Gordon Lemm
Thema	Einschränkung von Wahlumfragen
KDV-Beschluss	vertagt auf 1.KDV 2018

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 demoskopische Erhebungen der Umfrageinstitute sollen zukünftig nur noch bis maximal 2
4 Monate vor dem Wahltermin erhoben und veröffentlicht werden. Dies soll sowohl für Kom-
5 munal-, Landes- wie Bundeswahlen gelten. Ausgenommen sind hiervon Volksentscheide.

6 *Begründung*

7 Ein Teil der Politikverdrossenheit begründet sich in dem Umstand dass durch Wahlprognosen der
8 Eindruck entsteht, diese müssten von den Wählenden nur noch nachvollzogen werden. Die wirkliche
9 Wahl (und deren Ergebnis) habe aber bereits mit den demoskopischen Erhebungen stattgefunden.
10 So gut und richtig diese Erhebungen sind, um wissenschaftlich fundiert zu eruieren, wie weite Teile
11 der Bevölkerung mit einer Regierungs- oder Oppositionspolitik von Parteien zufrieden oder unzufrie-
12 den sind, so sehr schaden sie dem demokratischen Gefühl und vor allem inhaltlichen Auseinander-
13 setzungen im Wahlkampf.

14 Der Eindruck, die eigene Stimme habe keinen Wert und es ändere sich ja doch nichts, werden durch
15 vorweggenommene "Wahlergebnisse" in Form von Umfragen verstärkt. Potenzielle Wählerinnen und
16 Wähler fühlen sich auf Grund von Wahlprognosen zum Beispiel weniger motiviert, der Partei, die sie
17 wählen würden, ihre Stimme zu geben, wenn absehbar ist, dass diese keine Mehrheit erhalten könne
18 oder sicher an der 5 % Hürde scheitern würde. Wenn wie bei dieser Bundestagswahl eine Partei mit
19 deutlichem Vorsprung in den Umfragen gehandelt wird, wird diese kein Interesse daran haben, sich
20 inhaltlich zu stellen und wichtige Fragen des Landes zu diskutieren. Ohne dieses Wissen können hin-
21 gegen weder Parteien noch Wähler/innen "sicher" sein, wie die Wahlen vermutlich ausgehen wer-
22 den. Dies führt zu einer stärkeren thematischen Auseinandersetzung im Wahlkampf und den Medien
23 (die einen Großteil der Berichterstattung bislang auf Umfragen, Personalien und Koalitionsfragen
24 reduzieren) und vermutlich ebenso zu einem stärkeren Interesse der Wählenden und einer unver-
25 fälschten Stimmabgabe. Wenn Umfragen Menschen in ihrem Stimmverhalten beeinflussen, über-
26 nehmen sie eine andere Funktion als ihnen zukommen sollte und müssen deshalb im Vorfeld von
27 Wahlen untersagt werden.